

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930 40 (1926)

8 (11.1.1926)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-520218](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-520218)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 2.00 Reichsmark inkl. Porto, für Vierteljahr 7.00 Reichsmark, für halbes Jahr 13.00 Reichsmark, für ein Jahr 24.00 Reichsmark. Durch die Postbezugsstellen des Monats 2.00 Reichsmark.

Republik

Einzelhefte: mm-Jelle od. dem Raum für 10 Pf. Familienabonn. 10 Pf. für Einzelhefte. Anzeigen: 20 Pf. Anzeigen: mm-Jelle total 40 Pf., ansonst 30 Pf. Anzeigen nach Zeit, Platz, Wirkungswort annehmbar. Geschäftsstelle in Oldenburg: Rosenstraße 32, Fernsprecher Nr. 1792.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Montag, 11. Januar 1926 * Nr. 8

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Die Zentrums-Beschlüsse von gestern.

Heute Uebermittlung an unsere Parteinstanzen. - Marx und Fehrenbach bei Weis und Müller.

(Berliner Eigenmeldung.) Der Reichsparteivorstand des Zentrums und die Parteivorstände des Reichs und in Preußen beschloßen sich am Sonntag mit der politischen Lage. Die Verhandlungen dauerten, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung, von vormittags 11 Uhr bis in die späte Abendstunde. Der Verlauf wird in einem parteiinternen Kommuniqué wiedergegeben, in dem es heißt:

„In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die ungeheure, von Tag zu Tag sich steigende wirtschaftliche Not weiterer Volkskrisen einen erschütternden Ausdruck. Darauf zog die Verarmung der Arbeiter, das Zurückweichen vieler Arbeiter vor einer Regierung auf rechtlicher Grundlage beruhen sein kann. Das ist die große Koalition! Der Verantwortung zur Teilnahme an einer solchen Regierung könne sich keine Partei entziehen, der es ernst ist mit der Fortführung einer gesicherten, friedlichen Außenpolitik und der Aufrechterhaltung unserer Verfassung, der Befriedung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Förderung der sozialen Maßnahmen. Unverkennbar ist es und für eine Regierungspartei unvermeidlich, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise, nach einer Staatskrise herauszufinden. Sie würde zur völligen Zerschmetterung unserer Verfassung, insbesondere der Arbeitermassen führen. Die Verarmung unserer Arbeiter, die der Zentrumspartei des Reiches, daß sie alle Anstrengungen und alle politischen Mittel aufbringt, um eine solche Entwicklung zu verhindern.“

Wie der „Sta. Freisinnler“ hierzu erklärt, wurden die Parteiführer Marx und Fehrenbach beauftragt, der sozial-

demokratischen Parteien am Montag vormittags von der Auffassung ihrer Parteistellungen offiziell Kenntnis zu geben und das parteiintime Kommuniqué entsprechend zu erläutern. Eine endgültige Entscheidung über die Bildung der Zentrumspartei für den Fall, daß die große Koalition vorläufig scheitern sollte, wurde nicht getroffen. In der Zeitungsfrage aber von der Mehrheit der Partei die Auffassung zum Ausdruck gebracht worden sein, daß im Falle einer Ablehnung der großen Koalition durch die Sozialdemokratie eine direkte Beteiligung des Zentrums an der kommenden Regierung nicht in Frage käme. Angehängt nur von einer Minderheit wurde die Bildung einer Regierung unter Zentrumsführung mit Anfang nach links, ähnlich wie es vorüber-

gehend im vergangenen Jahre in Betreff der Hall war, ge-

fordert. Zusätzlich kann das amtliche Kommuniqué des Zentrums die Sozialdemokratie in ihrer Auffassung, daß die Bildung der großen Koalition von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig zu machen ist, nur bestärken. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor grundsätzlich zur Teilnahme an der großen Koalition bereit, und sie ist entschlossen, die Angelegenheit, von Tag zu Tag steigend, wirtschaftliche Not weiter zu verfolgen, mit allen möglichen Mitteln lindern zu helfen. Somit hat durch ihre Beteiligung an einer Regierung der großen Koalition geschehen kann, ist nach den bisherigen Erfahrungen unbedingt eine Klärung darüber erforderlich, wie diese Klärung eintreten soll. Die Sozialdemokratische Reichspartei hat bereits im Dezember entsprechende Beschlüsse gefaßt, die auch heute noch Geltung haben.

Hindenburg und die Große Koalition.

Heute neue Besprechungen.

Zur Frage der Regierungsbildung erfahren wir folgendes: Reichspräsident v. Hindenburg hat sich entschieden, von der Berufung einer Versammlung zur Bildung der Regierung nach auszugehen, während die beschworenen Reichspräsidenten der Parteien des Zentrums und der Demokraten und der Sozialdemokraten abzuwarten. Aus diesem Grunde wird Reichspräsident v. Hindenburg am heutigen Montag die Führer der Demokraten und des Zentrums, die Abgeordneten des Reichstages und Fehrenbach empfangen, um ihnen abzufragen, alsbald fällende Beschlüsse der für die große Koalition in Frage kommenden Parteien herbeizuführen, da eine weitere Ausdehnung der Regierungsbildung nicht mehr in Frage kommen kann.

Regierungsfragen in der Schweiz.

(Eigenmeldung aus Zürich.) In den nächsten Tagen tritt aus der Regierung des Kantons Zürich der reaktionäre Bundesrat aus. Damit wird die Sozialdemokratie die Frage einer Beteiligung an dem Kabinett wieder auf. Die grundsätzliche Entscheidung über eine Koalition wird in einer Versammlung der Parteiführer der Sozialdemokratischen Parteien der Schweiz getroffen werden. Die Koalition wurde schon vor fast 20 Jahren gefaßt, als die zürcherische Organisation des Zentrums in ein Kantonsoffizierskabinett eintrat. Die Beteiligung im gegenwärtigen Kantonsoffizierskabinett ist trotzdem sehr umstritten, so daß zur endgültigen Entscheidung für den 12. Januar ein Parteitag des Kantons nach Zürich einberufen werden soll. Der Parteitag wird die Parteiführer der Stadt Zürich, die die Beteiligung nach eingehender Diskussion zugestimmt.

an der ganzen Sache nicht schuldig. - Außenminister Dr. Stresemann suchte darauf den Ausbruch verständlich zu machen, warum das Auswärtige Amt nicht reicher zu einer Klärung hatte beitragen können. - Der Reichspräsident (H. Sp.) erklärt, daß gegen Parteien Beschränkungen erhoben werden können, die man nicht recht berechtigt, zu erheben, daß die Angelegenheit nicht reicher, aus der Welt geschafft wurde. Die Zentrumspartei steht hinter Marx, dessen Ziel durchaus korrekt gewesen sei. Im Namen der Deutschen Volkspartei erklärt deren Vorsitzender Dr. Scholz, daß an der Sozialdemokratie kein Vorwurf hängen könne. Der Schritt von Marx wäre besser unterlassen. Im Schritt der Sozialdemokratie, die Marx noch einmal gegen die Koalition als ob sein Ziel die Koalition sei, sei ein Vorwurf hervorgerufen habe. Die Parteiführer seien wohlmeinend, aber nicht richtig, um sie nicht rechtzeitig widerlegen zu können.

Der zusammengebrochene Schwindel.

Die Genfer „Stellenfärgerei“ und der Ausschuß. - Einstimmige Erklärung zu Gunsten der Sozialdemokratie.

(Berliner Eigenmeldung.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat am Sonntag mit 16 gegen 12 Stimmen einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der auspricht, daß die Sozialdemokratie mit der Angelegenheit der Genfer Stellenfärgerei überhaupt nichts zu tun habe, daß von Seiten des Zentrums nur der bekannte Privatbrief von Marx vorliegt und daß von keiner Partei und keinem Mitglied des Reichstages in dieser Sache etwas gesagt worden ist, was gegen die Weisheit Deutschlands verstoße. Außerdem wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der den Beamten des Auswärtigen Amtes beheimigt, daß ihnen Unvorsichtigkeit nicht nachgewiesen werden.

Zur Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag ist zu bemerken, daß auch zwei Parteien, die gegen ihn stimmten, die deutschnationale und die kommunistische, durch ihre Redner zum Ausdruck gebracht hatten, daß von den Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie nichts übrig geblieben sei. Der Schwindel ist also zusammengebrochen, daß selbst deutschnationale und kommunistische nicht aufrechterhalten können. Mehr kann man wirklich nicht verlangen.

Aus der Debatte ist zu notieren: Abg. Rosenberg

(Komm.): Daß die Sozialdemokratie mit der ganzen Sache nichts zu tun hat, steht fest. Jedoch ist es auf das Entscheidende zu mißbilligen, daß Marx als Vorhändler des Zentrums insoweit einen Schritt in Genz unternahm. - A. H. (Dem.): Nichts ist gegen die Sozialdemokratie festgestellt, vom Zentrum ist nur ein formeller, dem Außenminister mitgeteilter Schritt getan. Das Auswärtige Amt hat nichts getan, um die unzulässige Verhinderung zu verhindern. - Abg. Dr. Hölz (Dn.): Es ist nicht festgestellt, daß Marx direkt an die Kreise des Reichstages wandte. Soweit die Nachrichten die Sozialdemokratie betreffen, sind sie zweifellos unvollständig. Die Sozialdemokratie ist

Sensationeller Raubüberfall in Mexiko.

Räuber überfallen einen Eisenbahnzug, morden die Passagiere und stecken den Zug in Brand.

(New York, 11. Januar, Radiobureau.) Nach Privatmeldungen aus Guadaluajara in Mexiko überfielen, wenige Personen und verarmte Wäcker einen Personenzug zwischen Mexiko und Guadaluajara. Sie ermordeten

die Mehrzahl der Reisenden und die den Zug begleitenden Soldaten. Zwischen den Soldaten der Gendarmerie und der Polizei, die den Zug in Guadaluajara befreiten hatten, plünderten die Räuber und die Reisenden mit Wessern. Von der militärischen Begleitung wurden alle bis auf sieben Mann getötet. Die mit dem Leben davon gekommenen Soldaten sind schwer verwundet. Der Zug mit den Opfern wurde von den Räubern in Brand gesetzt. Die Räuber haben unter dem Beistand eines früheren Obersten. Sie entflohen auf der Lokomotive mit einem Raub von 200.000 Pesos. Der Überfall hatten die die Telegraphenverbindung durchschnitten.

„Sohna-Lit“ verlangt nämlich nicht weniger als fünf Goldmillionen, und zwar behauptet sie, daß sie ihr versprochen worden sind als Gegenleistung für die Rückgabe gewisser kommunistischer Briefe des Großherzogs, die sie in Händen hat.

Will das deutsche Volk wirklich die „Condesa“ und ihre Betrügerkinder finanziell unterstützen und sich von der Republik Liberia auslassen lassen? Sollte es diesem Stande nicht schämen, ein Gefasch machen, und wenn die deutschen nationalen Rüstungsagenten Entgelt noch so sehr für die Missetaten des Großherzogs von Mecklenburg einleiten?

Der frühere Staatsminister in Deutsch-Oesterreich, Dr. Karl Renner, tritt in einem im „Hamburger Echo“ erschienenen Aufsatz an die Spitze, die seinerzeit vom Reichspräsidenten Hindenburg die Bildung der Hohenzollern angenommen worden sind und die sich in die Formel bringen lassen, daß mit der Funktion der Weisheit, und in der Weisheit selbstverständlich jedes Recht auf Aufhebung werden müsse. Nach § 5 des Gesetzes vom 2. April 1918 war die Republik Deutsch-Oesterreich Eigentümern des gesamten in ihrem Staatsgebiet befindlichen beweglichen und unbeweglichen Vermögens sowie des für das früher regierende Haus oder für eine Zweiglinie desselben verbundenen Vermögens. Die Frage des für die kaiserliche Familie verbleibenden Privatvermögens wurde bis Ende 1918 ohne langwierige rechtliche Behandlung geregelt. Für Preußen, Österreich, Bayern, Böhmen, Kroatien, die Republik Deutsch-Oesterreich und die deutsche Reichsregierung wurde ein solches Verbleiben der Erbfolge ausser Acht gelassen, daß Streitfragen nicht mehr über die Erbfolge. Der Staat zog den größten Teil des kaiserlichen Vermögens einschließlich des gesamten

Eine sozialdemokratische Delegiertenversammlung in Kassel und der sozialdemokratische Verein in Gießen haben Beschlüsse angenommen einer großen Koalition angenommen.

Was Hey wird nach Paris gemeldet, Hauptmann Gering ist von Wab. d. Rm. überhaupt nicht zu Greben-geleiten benachteiligt worden.

Windisch-Graetz und Konsorten.

Bisher 18 Verhaftungen in Budapest.

(Eigenmeldung aus Budapest.) Die bisher erfolgten Verhaftungen haben die Zahl von 18 erreicht. Am Sonntag wurde der Leiter des Kartographischen Instituts, der pensionierte Oberst Kury, verhaftet, von dem der schon vor einigen Tagen verhaftete Beamte des Instituts Gede ausgeht, daß er von Anfang an in die Verhaftungen eingeweiht war und durch seine Anwesenheit die Verhaftungen ermöglicht hat. Der frühere Leiter des Instituts, General von Heide, wurde am Freitag verhaftet. Er hat bereits ein Geständnis abgelegt, von Windischgrätz gewonnen worden zu sein, um die nötigen Instruktionen für die Verhaftung der Banknoten zu geben. Hält sich ferner zu, daß er den Arbeiten beigegeben und ihren Fortschritt kontrolliert hat.

Die Mitglieder des oppositionellen Blocks, unter ihnen auch der Sozialdemokrat Bauer, haben am Sonntagabend dem Ministerpräsidenten bei am Freitag veröffentlichten Kundgebung des Blocks überreicht und außerdem Versuche darüber geführt, daß, während die Zeitung „Wissa“ verboten wurde, die Mitglieder der „Kassabühler“ fortgesetzt, die Verhaftungen zu vereiteln.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß die Polizei die Verhaftung von 1000-Dinar-Noten in Belgrad und in der Umgebung hat. Der Polizeichef von Belgrad ist ebenfalls bereits nach Deutschland abgereist, um mit einigen deutschen Kriminalbeamten in Duisburg, wo die Verhaftungen von einer bekannten Dreizehn ausgesetzt sein lassen, Erhebungen anzustellen.

(Wien, 11. Januar, Radiobureau.) In Jugoslawien werden Ende 1925 zwei Staatsanwaltschaften bei der Ausgabe von solchen Dinarnoten verhaftet. Die Ermittlungen der Polizei nach der Verhaftung der Notizen haben eine Spur, die nach Deutschland führt. Hier hat der jugoslawische Regierung, die einen Ministerialdirektor nach Deutsch-

land entsandte und durch den Leiter der Kassabühlerzentrale in Berlin wurden von den hiesigen Kriminalpolizei Nachforschungen angestellt, die in den frühen Morgenstunden des 8. Januar zur Verhaftung der Kassabühlerzentrale in der Steindammstraße von Kordisch führten. Es wurden sämtliche zur Verhaftung benutzte Steine sowie eine zwei Zentner zum Druck verwendete Papier beschlagnahmt. Die Drucke des Kassabühler waren angefertigt von dem Steinbrucker Altmann in Littenhausen bei Herford. Die Verhaftung des Herforders erfolgte bereits im Laufe des vorigen Sonntags. Insgesamt waren von Altmann 5500 Stück Kassabühler bereits hergestellt, die von den Auftraggebern nach Serbien eingeschickt, aber dort beschlagnahmt wurden. Weitere 10.000 Stück Notizen sollten den künftigen Wäcker hergestellt werden. Der Druck unterließ jedoch, weil die Auftraggeber die verordneten Notizen nicht liefern. Weiter an der Kassabühler beteiligte kassabühler Staatsanwaltschaft im Laufe des Sonntags in Duisburg verhaftet worden.

Die „Condesa de Mahenan“.

Bestandteil soll Mecklenburg-Strelitz sogar für die Ansprüche aufkommen, die von den ehemaligen Missetaten des letzten Großherzogs erhoben worden. Das „Berliner Tageblatt“ teilt darüber folgende amüsante Einzelheiten mit:

Die „Condesa de Mahenan“ verlangt eine jährliche Abgabe von 10.000 Mark. Die hat ihr angeblich der letzte Großherzog erteilt, in einem Brief, den das Landgericht als gültiges Dokument anerkannt hat. Der Schenker der Briefe der „Condesa“ gegen die Erbfolge des letzten Großherzogs beim Kammergericht. Diese „Condesa“ ist natürlich keine Späterin, sondern ist eine gute Deutsche und den ausländischen Titel hat die Republik Liberia verliehen. Der größte ist der Fall der zweiten „Griffin“. Diese „Griffin“

(Bortoluzza 1961)

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Anzeigenteil für Brake und Umgegend.

I. im Brafer Bezirk:

II. im Strüdhauer Bezirk:

III. im Colmarer Bezirk:

Frau H. Mains. Hammelwarden.

Aufwertung von Sparkassenguthaben.

Von Hugo Heilmann.

Bei den Kämpfen um die Aufwertung hat sich die Sozialdemokratie vor allem für die Interessen der kleinen und kleinsten Sparer, also für die Besitzer von Sparkassenguthaben eingesetzt. In dem Entwurf der Dritten Steuernotverordnung sollte diese große und bedürftigste Gläubigerschicht von der Aufwertung ausgeschlossen werden. Die Sozialdemokratie hat das verhindert. Sie hat aber nicht durchsetzen können, daß Sparkassenguthaben mindestens ebenso behandelt werden wie andere Forderungen, bei denen der Aufwertungssatz auf 25 Prozent festgelegt wurde.

Es ist klar, daß die Aufwertung der Sparkassenguthaben abhängig ist von der Aufwertung der Vermögensanlagen der Sparkassen. Die Sparkassen haben ihr Vermögen im wesentlichen in Staatsanleihen und Hypotheken angelegt. Durch die mangelhafte Hypothekenaufwertung und die sinnlose Aufwertungsart der Anleihen tritt also eine schwere Benachteiligung der kleinen Sparer ein, denn sie sind es, die ihre Spargroschen zur Sparkasse tragen. Da also die Sparkassen nur soviel aufwerten können, wie sie selbst haben, so bestimmt das Gesetz, daß eine Teilungsmasse gebildet wird, die von einem Treuhänder unter die Gläubiger zu verteilen ist. Die Teilungsmasse besteht aus dem aufgewerteten Vermögen der Sparkasse und soll noch durch etwaige Zuschüsse aus dem sonstigen Vermögen des Schuldners oder aus dem Betrag, den die hinter der Sparkasse stehende Gemeinde leistet, vergrößert werden. Auf diese Weise will man eine Aufwertung erreichen, die mindestens 12½ Prozent entspricht. Selbst im günstigsten Falle werden also die Gläubiger der Sparkassen immer noch schlechter behandelt als alle anderen Gläubigerschichten. Demgegenüber wollte die Sozialdemokratie den Sparkassen so erhebliche Mittel zuführen, daß sie in die Lage gekommen wären, ihre Einlagen mit mindestens 25 Prozent aufzuwerten. Vor allem sollte die Aufwertung des Neubettes von Anleihen unterbleiben. Dieser Neubetrag beträgt bei einem Gesamtanleihebestand von circa 70 Milliarden allein circa 50 Milliarden und befindet sich zum überwiegenden Teil in Händen der Spekulation. Ferner sollten die Inflationsgewinne wirksam besteuert werden. Allein dadurch wären die Sparkassen, ohne jede Gefahr für die Stabilität unserer Währung, in die Lage gesetzt worden, ihren ehrlichen Sparern eine weit höhere Aufwertung zu gewähren.

Anfang September hat der Reichsjustizminister Grundsätze hinsichtlich der Anrechnung von Auszahlungen bei Sparkassenguthaben aufgestellt. Dadurch konnten die Sparkassen die Umrechnung ihrer Spareinlagen in Gold vornehmen; sie sind nunmehr imstande, ungefähr ihre Lage zu überblicken. Das Ergebnis ist, daß von allen Seiten Klagen ertönen, sie hätten nur soviel Mittel, um etwa die Hälfte der aufzuwertenden Ansprüche zu erfüllen. In der „Deutschen Sparkassenzzeitung“ wird eine Gesamtaufrechnung für die deutschen Sparkassen aufgemacht, nach der die deutschen Sparkassen bei einer 12½prozentigen Aufwertung einen Aufwertungsbetrag von 1.750 Millionen zu zahlen haben.

Diesen Verpflichtungen stehen aufwertbare Ansprüche in Höhe von etwa einer Milliarde gegenüber. Nach dieser Rechnung ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 750 Millionen. Unmittelbar werden die Sparkassengläubiger durch diesen ungenügenden Fehlbetrag nicht berührt, denn für diesen Fehlbetrag haften die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände. Bei der heutigen Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände werden sie kaum in der Lage sein, größere Beträge aus den bisherigen Einnahmen zu nehmen. Die Fehlbeträge müssen also durch Steuern, d. h. aus den Mitteln der Allgemeinheit aufgebracht werden. Was also die Sparkassengläubiger von ihren Schuldnern, den Sparkassen, erhalten, müssen sie zu einem Teil selbst durch Gemeindesteuern zurückzahlen.

Für die preussischen Sparkassen hat der preussische Finanzminister eine Verordnung zur Durchführung der Aufwertung erlassen. Sie bestimmt, daß ohne Bildung einer Teilungsmasse und ohne Bestellung eines Treuhänders die Aufwertung der Sparkassenguthaben zu einem Einheitsfuß von 12½ Prozent des Goldmarktwertes der Sparkassenguthaben zu erfolgen hat. Eine Abweichung von diesem Einheitsfuß findet nur statt, wenn eine Markanleihe der hinter der Sparkasse stehenden Gemeinde in der Weise geillt wird, daß hierbei ein Aufwertungssatz von mehr als 12½ Prozent des Goldwertes der Anleihe erreicht wird. In solchem Fall soll dieser höhere Satz auch für die Aufwertung der Sparkassenguthaben bei der Sparkasse der betreffenden Gemeinde maßgebend sein. Schließlich bestimmt die Verordnung noch, daß, sofern bei einer Sparkasse Sparkassenguthaben zu einem höheren Satz als 12½ Prozent aufgewertet werden, ein Betrag in Höhe der Hälfte des übersteigenden Betrages an einen Sparkassenausgleichsfond abzuführen ist, aus dem leistungsschwache Sparkassen bei der Aufbringung des Einheitsfußes zu unterstützen sind. Die beiden letzteren Bestimmungen sind gut gemeint, und es wäre dringend zu wünschen, daß sie recht oft in Wirklichkeit treten. Die Wirklichkeit sieht leider so aus, daß sie oft auf dem Papier stehen bleiben werden. Das ist zu bedauern, denn die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen stellen einen nicht unerheblichen Teil des deutschen Volksvermögens dar, und zwar handelt es sich hier um ein Volksvermögen, das nicht von den Vätern ererbt ist und das auch nicht vom Schweiß anderer geschaffen wurde. Es ist zum großen Teil in harter Fron unter Entbehrungen aller Art Mark aus Mark zusammengebracht worden, um in Zeiten der Not oder im Alter einen bescheidenen Rückhalt zu haben und nicht den öffentlichen Unterstützungsfonds zur Last zu fallen. Hier ohne ängstliche Rücksicht auf Großkapital und Großgrundbesitz in der Aufwertung bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, wäre selbstverständlich Pflicht der Tugendnationalen gewesen, die mit ihren Verheißungen auf volle Aufwertung die Hunderttausende von Sparkassengläubigern für ihre Parteizwecke eingefangen haben. Werden nunmehr diese Gläubigerfreie mit einer Aufwertung von höchstens 12½ Prozent abgepöpst, so mögen sie der Tatsache eingedenk sein, daß ihnen von ihren deutschen Nationalen „Beschlüßern“ auch die minimalen Beträge nur zugestanden wurden, weil sich die Sozialdemokratie rückhaltlos für ihre Interessen eingesetzt hat.

Soziales.

Eine Reichsgesundheitswoche soll auf Veranlassung des Reichsinnenministeriums im kommenden April stattfinden. Besonders die Zehrerkrankheit, die Schulausschüßbenen, Jagst- und Weidwerkorganisationen und Gitterwerke sollen die praktische Durchführung beanspruchen werden.

Literatur.

Das „Taschenbuch der Arbeit“. Das Taschenbuch der Arbeit für 1926 ist in geschmackvollem, rotem Ganzleinenband erschienen. Das handliche Format, der clebrame und hoch sehr haltbare Einband wird den Freunden dieses Arbeiter-Taschenkalenders besonders erwünscht sein. Das Kalenderium ist mit großen Schreibflächen ausgestattet, bietet also reichlich Gelegenheit für Notizen und Vorkerkungen. Das Taschenbuch ist über den Rahmen eines Taschenkalenders hinaus zu einem Nachschlagewerk geworden. Es kostet 1,25 Mark und ist durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Ueberswinterung von Zimmerpflanzen.

Will die Hausfrau ihre Zimmergewächse den Winter überbauern lassen, so darf sie die Blumen nur höchstens alle zwei Wochen begießen, weil sonst die Pflanze in der Zeit der ruhenden Vegetation abhaut. Wichtig ist es auch, die jungen Reime abzuschnenden, damit die Pflanze nicht sich „totläßt“ und dadurch im nächsten Frühjahr keine frischen Triebe mehr ansetzt. Ebenso ist besonders auf Reinhaltung der Pflanzen von Insekten und auf eine laumarme Temperatur zu achten, da beispielsweise Zimmerpalmen schon bei wenigen Grad über dem Nullpunkt erfrieren. Kalten bedürfen zwischen Ende Januar und Anfang April überhaupt keiner Bewässerung.

Briefkasten.

Arbeitsjubiläum. Auf der Wilhelmshöfener Marktwert begeht heute der Kupferstecher Franz Rißtich sein 40jähriges Dienstjubiläum.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Wilhelmshöfen-Rückkehr. Zur Vollerfassung am morgigen Dienstag sammeln sich die Kameradschaften Döppens, Pauli, Wilhelmshöfen, Rönne und die Angerabteilung um 7.30 Uhr in der Werfstraße, Ecke Bremer Straße. Ebenfalls die Kapelle und das Tambourcorps. Führung: Bezirksführer und stellvertretende Abteilungsleiter. Um 7 Uhr abends: Vorkundgebung im Gesellschaftshaus. Nach Schluß der Vorkundgebung: Ueberführung der Fahnen zum Reichsbannerbureau. Sämtliche aktiven Kameraden haben am Montag teilzunehmen. Der Bezirksführer: Tambourcorps. Ansetzen Dienstag abends pünktlich 7.15 Uhr Ecke Bremer und Werfstraße. Donnerstag abends pünktlich 7.30 Uhr: Ueberführung in der „Neuen Burg“. Vollständiges Erscheinen Pflicht. Nach der Ueberführung.

Mariental-Widderführer. Am Mittwoch den 13. d. M., abends 8 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung im „Marientaler Hof“ (D. Werdes). Da die Frage der Teilnahme am Bundeskongress in Hamburg endgültig geregelt werden muß, ist das Erscheinen der Kameraden unbedingt erforderlich.

Ortsgruppe Becke. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners hält am Mittwoch abends bei H. Büling (Friedeburg) ihre diesjährige Generaterversammlung ab. Die Tagesordnung ist sehr wichtig und müssen die Mitglieder daher möglichst vollständig erscheinen.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Ganz Oldenburg spricht davon!

Herunter!

Dieses Symbol der Preis-Reduktion habe ich verwirklicht. Der unerwartet große Zuspruch, den mein Inventur-Ausverkauf wieder findet, gibt mir den besten Beweis, daß ich

meine Wareverkäufe zu halb preisen ablöse!

Gegründet 1856

A. F. THÖLE

Gegründet 1856

Lange Str. 24

Inh. Emmo Bonger
Oldenburg

Damm 34

Das Haus der richtigen Qualitäten.



